

Intellektuelle und politische Kultur in der "Neuen Ordnung" Indonesiens¹

INGRID WESSEL

Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa, der alle Staaten der Welt mit dem möglichen Schicksal repressiver politischer Systeme konfrontierte, gehört in Indonesien das Wort *keterbukaan* (Offenheit) zum häufig gebrauchten politischen Wortschatz. Sind die in der indonesischen Öffentlichkeit immer lauter werdenden Forderungen nach Demokratisierung des politischen Lebens und das wohlwollende Zugeständnis Präsident Suhartos, mehr Offenheit zuzulassen, Zeichen einer sich wandelnden politischen Kultur im heutigen Indonesien, dessen Herrschaftssystem autoritäre Züge trägt?

Die indonesischen Intellektuellen haben sich an die "Neue Ordnung" nicht nur angepaßt; sie haben sie auch kritisch begleitet und sich bemüht, Veränderungen herbeizuführen. Die kritischen indonesischen Intellektuellen, überwiegend von westlichen Ideen und westlichem Bildungsweisen geformt, werden zum einen in traditioneller Weise noch immer als Gruppe verstanden, die eine moralische Aufgabe zu erfüllen hat (vergleichbar der Rolle der Gelehrten in früheren javanischen Reichen)², zum anderen aber nehmen sie immer mehr Züge von *pressure groups*

-
- 1 Überarbeitete Version eines Vortrags, der auf der Arbeitstagung "Gesellschaftlicher Wandel in Südostasien" an der Humboldt-Universität zu Berlin im Oktober 1991 gehalten wurde (vgl. hierzu Vol. 22 [1991], No. 3-4, S. 389ff.).
 - 2 Vgl. Anderson, B.R.O'G., *The Idea of Power in Javanese Culture*, in: Holt, C. (ed.), *Culture and Politics in Indonesia*, Ithaca and London 1972, S. 55. Dieses grundlegende Werk des Autors ist auch in seinem Sammelband *Language and Power: Exploring Political Culture in Indonesia*, Ithaca, N.Y., 1990 abgedruckt. Vgl. weiterhin Feith, H., *Political Control, Class Formation and Legitimacy in Suharto's Indonesia*, in: Doran, C. (ed.), *Indonesian Politics: A Reader*, Townsville (Australia) 1987, S. 232; siehe auch die Beiträge von Soedjatmoko, Arief Budiman und S. Tasrif, in: Dick Hartoko (ed.), *Golongan Cendekiawan*, Jakarta 1980.

bzw. von strategischen Gruppen an, die auf die Arbeit der Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung einwirken.³

Ich möchte im folgenden auf einzelne mühselige Versuche der indonesischen Intellektuellen, die politische Kultur mitzugestalten, eingehen. Dabei lasse ich den Teil der Intellektuellen, die eine ausschließlich legitimierende Rolle im politischen System spielen, unberücksichtigt. Zuvor aber sind ein paar kurze Bemerkungen zur Kennzeichnung des politischen Systems in Indonesien notwendig.

Das autoritäre Herrschaftssystem in Indonesien

Seit der Machtübernahme durch das Militär im Jahre 1965 entstand in Indonesien ein starker Staat, der sich auf einen alle gesellschaftlichen Ebenen durchdringenden, gut organisierten und kontrollierten militärischen und zivilen Beamtenapparat stützt. Die Machtkonzentration in wenigen Händen bzw. Institutionen ergab sich folgerichtig aus einer mächtigen Exekutive, die sich die gesetzgebende und die richterliche Gewalt unterordnete. Es gehört heute zur politischen Praxis, daß gewählte Repräsentanten des Volkes vom Präsidenten abberufen werden, bzw. nur nach vorheriger Überprüfung und Zustimmung durch den Präsidenten auf die Listen der politischen Parteien zu den Parlamentswahlen gesetzt werden können.

Die beiden politischen Parteien (die Vereinigte Entwicklungspartei PPP und die Demokratische Partei PDI), denen seit 1973 nur eine eingeschränkte politische Betätigung gestattet wurde, waren aufgrund von Repressionen und Manipulationen durch den Machtapparat, aber auch aufgrund innerer Zerrissenheit nicht in der Lage, bedeutende politische Positionen aufzubauen. Doch auch die Staatspartei Golkar, mit deren Hilfe die Suharto-Regierung in Parlamentswahlen seit 1971 deutliche Stimmenmehrheiten für ihre Regierungspolitik organisierte, trat bis in die jüngste Vergangenheit als ausführendes Organ und nicht als Initiativen auslösende und politisch bestimmende Kraft auf.⁴

3 Vgl. dazu H.-D. Evers, T. Schiel, *Strategische Gruppen. Vergleichende Studien zu Staat, Bürokratie und Klassenbildung in der Dritten Welt*, Berlin 1988, S. 25, 29.

4 So bemerkte W. Liddle 1985, daß die Golkar bis zu diesem Zeitpunkt im Parlament und im Volkskongreß noch nie eine eigene Initiative ergriffen hätte. Liddle, R.W., *Soeharto's Indonesia: Personal Rule and Political Institutions*, in: *Pacific Affairs* 58 (1985) 1, S. 72.

Die Existenz von Parlament und politischen Parteien sowie die Durchführung von Wahlen dienen der Legitimierung der militär-bürokratischen Ordnung in Indonesien. Gleichzeitig bilden sie den Rahmen für ein pluralistisches System, das aber eben nicht allen politischen Kräften gleiche Betätigungsmöglichkeiten einräumt. Noch größeren Wert legt die "Neue Ordnung" bei dem Nachweis ihrer legitimen Herrschaft auf die Verfassung, die Staatsideologie Pancasila und die gesetzlich verankerte Doppelfunktion der Streitkräfte. In der Verfassung von 1945 ist die Dominanz der Exekutive festgeschrieben. Die Doppelfunktion der Streitkräfte verankert deren Betätigung im zivilen und militärischen Bereich - einen Rückzug der Militärs aus der Regierung und dem zivilen Leben ist von der machtausübenden Elite nie ins Auge gefaßt worden. Die staatliche Ideologie Pancasila⁵, die seit 1985 von allen politischen und gesellschaftlichen Organisationen als einziges Grundprinzip anerkannt werden muß, gibt der Exekutive ein Mittel in die Hand, zum Erhalt der nationalen Einheit und des nationalen Friedens jegliche Opposition (besonders aber die der islamischen Parteien) zu unterbinden.

Die in den vergangenen zwei Jahrzehnten erreichte politische Stabilität ist aber bei weitem nicht nur auf Repressionen und Angst bzw. Apathie der Massen zurückzuführen. Die strategische Orientierung auf wirtschaftlichen Aufbau und Modernisierung erwies sich als erfolgreich. Indonesien gehörte in den 70er und 80er Jahren zu den Entwicklungsländern mit beachtlichen wirtschaftlichen Zuwachsraten, die ein erhöhtes Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung einschlossen. Wenn auch von der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes vor allem die strategischen Gruppen an der Spitze des Staates und die schnell wachsenden Mittelschichten profitierten, und die Kluft zu den einkommensschwachen und armen Schichten sich nachhaltig vergrößerte, muß man doch davon ausgehen, daß die "Neue Ordnung" von breiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wird.

Indonesien ist bekanntermaßen ein Land mit gravierenden ethnischen, linguistischen, religiösen und kulturellen Unterschieden. Wie gehen in einem solchen Land die politischen Kräfte miteinander um?

5 Die fünf Prinzipien der Pancasila der "Neuen Ordnung" lauten: Glaube an den Einen Gott, gerechte und zivilisierte Humanität, Einheit Indonesiens, Demokratie, gelenkt durch die Weisheit der Politik von Beratungen, soziale Gerechtigkeit.

Elemente der politischen Kultur in der "Neuen Ordnung" Indonesiens

Wenn man unter politischer Kultur Werte, Überzeugungen und Verhaltensweisen versteht, die das politische Handeln und politische Entscheidungen der Menschen bestimmen, so fällt im heutigen Indonesien aufgrund der historischen Entwicklung und der vielfältigen Einflüsse vor allem der heterogene Charakter dieser Kultur ins Auge. Traditionelle und westliche Elemente verbanden sich in widersprüchlicher Weise miteinander⁶ und brachten Lebensformen hervor, die spezifische Züge tragen.

Aus der traditionellen javanischen Kultur stammen vor allem Konzepte und Verhaltensweisen, an die die heutige Führung in Jakarta ganz bewußt anknüpfte. Die Peripherie war von einem starken Zentrum abhängig. Die zentrale Stellung des Herrschers galt als unangefochten, solange er es verstand, die Loyalität der Hauptgruppen der politischen Elite zu gewinnen. Das erreichte er, indem er ihnen den Zugang zu Ressourcen ermöglichte, Ämter verteilte und Privilegien sicherte. Die jahrhundertlang akzeptierte hierarchische Struktur der Gesellschaft mit einer kleinen Elite an der Spitze und den bäuerlichen Massen an der Basis festigte solche Verhaltensweisen wie Schicksalsergebenheit, Unterordnung und Pflichterfüllung gegenüber dem Staat. Die Akzeptanz bestehender Rangunterschiede führe zu Eintracht und Harmonie - dieser Glaube schlug tiefe Wurzeln und erleichterte die Etablierung einer zentralistisch-bürokratischen Ordnung, in der Anordnungen von oben nach unten durchgestellt werden. Denn das Streben nach Harmonie und das Prinzip der Konfliktvermeidung waren trotz offener Ausbrüche von Konflikten so verinnerlicht worden, daß sie noch nach der Erringung der Unabhängigkeit den Mentalitätshintergrund der politischen Kultur bildeten und noch heute Streitfragen der politischen Kultur sind. Eine demokratische politische Kultur konnte sich vor diesem Hintergrund nicht ausbilden.

Nach traditionellen Wertvorstellungen sollten Konflikte vermieden und Interessengegensätze durch gemeinsame Beratungen bis zur Erzielung von Einmütigkeit (*musyawarah* und *mufakat*) beseitigt werden. Die Auffassungen zur Hierarchie und Unterordnung, zu Harmonie und

6 Die von Anderson auf die javanische politische Kultur bezogene Charakterisierung läßt sich in dieser allgemeinen Form auf die indonesische politische Kultur ausdehnen, weil die javanische Kultur einen zentralen Platz in der politischen Kultur Indonesiens einnimmt. S. Anderson, *The Idea of Power ...*, S. 5.

Konfliktvermeidung fanden ihren Niederschlag in der Pancasila-Ideologie. Sie wurden legitimiert in dem Prinzip *Kerakyatan yang dipimpin oleh hikmat kebijaksanaan dalam permusyawaratan/perwakilan* (Demokratie, gelenkt durch die Weisheit der Politik von Beratung/Vertretung). Diese Pancasila-Demokratie sieht also eine Führung durch kluge Repräsentanten vor. Und nach dem Demokratieverständnis der Staatsführung gibt es in Indonesien bereits eine spezifische Form der Demokratie, daher erübrigt sich ein Kampf um Demokratie und Veränderungen.⁷ Überflüssig und den indonesischen Verhältnissen nicht angemessen ist aus diesem Verständnis heraus auch eine Opposition zur Regierung. Kritik an Mißständen kann im Rahmen der vorgegebenen Regeln des Umgangs miteinander geübt werden, aber diese Kritik sollte *halus* (fein, indirekt) sein und keine soziale Unruhe stiften.

Die traditionelle Art und Weise der Konsenszielung zur Problemlösung sah neben dem Aushandeln von Kompromissen auch das Überreden von Zweifelnden und das Kooptieren von kritischen politischen Kräften in die bestehenden Machtstrukturen vor. Die Pancasila-Ideologie soll also insgesamt die ethnisch, linguistisch und religiös unterschiedlichen Gemeinschaften in einen friedlichen und harmonischen Einheitsstaat integrieren, den indonesischen Menschen erziehen und soziale Gerechtigkeit für alle Indonesier schaffen.

Die wirtschaftliche und technische Modernisierung Indonesiens hat zusammen mit den Einflüssen der modernen westlichen politischen Kultur dazu geführt, daß immer mehr Indonesier das Auseinanderklaffen zwischen den verkündeten Idealen und der sozialen Realität wahrnehmen.

Der mit dem sozialen Wandel verbundene Wandel von Wertvorstellungen ist seit Jahren Gegenstand vieler Debatten und Meinungsäußerungen. Vor allem in Kreisen von Wissenschaftlern, Studenten, Künstlern, Schriftstellern, Journalisten und auch einiger Politiker wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, welche traditionellen Wertvorstellungen erhalten werden sollten und welche Reformen der politischen Struktur dringend geboten seien.

7 Anderson, B.R.O'G., Old State, New Society: Indonesia's New Order in Comparative Historical Perspective, in: *Journal of Asian Studies*, vol. XLII (1983) 3, S. 490.

Intellektuelle und politische Kultur

Wer in der wissenschaftlichen und publizistischen Literatur Antworten auf die aufgeworfene Frage sucht, dem fällt auf, daß die Zahl der indonesischen Autoren, die sich mit der politischen Kultur in Indonesien befassen, in der jüngsten Vergangenheit sehr stark angestiegen ist.⁸ Die bis heute andauernden Diskussionen könnte man mit all ihren verschiedenen Aspekten und Nuancen um das große Thema "Reformen in Indonesien" gruppieren. Auf dem zweiten Kongreß der "Indonesischen Vereinigung für die Entwicklung der Sozialwissenschaften" (HIPIS - Himpunan Indonesia untuk Pengembangan Ilmu-ilmu Sosial), der 1977 in Manado stattfand, debattierten prominente Wissenschaftler verschiedener Konfessionen und Politiker⁹ die Frage, wie eine politische Kultur zu schaffen sei, die den "Übergang von feudalen politischen Beziehungen zu einer Form der politischen Handlung sichert, die charakterisiert ist durch demokratische Konventionen"¹⁰. Wenn auch die Sicht der Dinge bei den einzelnen Teilnehmern unterschiedlich war, die Probleme wurden ohne Umschweife angesprochen. So wurde ungewöhnlich direkt formuliert, daß die Macht zwar ihren sakralen Charakter verloren habe, dafür aber eine moderne Ideologie (d.h. die Pancasila, d.V.) im Interesse derjenigen, die an der Macht sind, auf einen sakralen Podest gehoben worden wäre. Die Macht sei im wachsenden Maße personalisiert worden, Machtfragen seien äußerst heikel.¹¹ Die Arbeit der Exekutive müsse öffentlich gemacht und kontrolliert werden, und dazu sei notwendig, daß die Opposition in der politischen Kultur einen festen Platz erhalte. Bisher würde die Opposition als eine "ungesunde Erscheinung" angesehen. Allerdings habe jede Seite nur sich selbst rechtfertigende Stellungnahmen abgegeben und die Argumente der anderen Seite nicht akzeptiert. Es sei ein Traum, auf diese Weise einen Konsens zu erzielen. Autoritäre

8 Eine Studie, die von 1977 bis 1982 indonesische politikwissenschaftliche Arbeiten erfaßte, enthält 800 Aufsätze und 500 Monographien. Siehe Ismid Hadad, *Political Culture and Social Justice in Indonesia*, Townsville (Australia) 1989.

9 Darunter Selo Soemardjan, Mattulada, Simatupang, Umar Kayam, Masri Singarimbun, Taufik Abdullah, Abdurrahman Wahid, Adam Malik (damals noch Vorsitzender des Volkskongresses) und Generalleutnant Haji Alamsjah Ratu Prawiranegara (Vizevorsitzender des Obersten Konsultativrates).

10 Die Vorträge und Diskussionen zu der Diskussionsrunde mit dem Thema "Politische Kultur und soziale Gerechtigkeit in Indonesien" auf diesem Kongreß sind erschienen in: I. Hadad, *Political Culture ...*

11 Ebenda, S. 78f.

und kulturell totalitäre Tendenzen seien stattdessen in der indonesischen Gesellschaft entstanden.¹²

Es wurden verschiedene Gedanken geäußert, wie die notwendige Erneuerung der politischen Struktur erreicht werden könnte. So müßten die demokratischen Elemente in den offiziellen Institutionen, in politischen Parteien, in den Schulen usw. entwickelt werden. Auch sei es notwendig, die alte Dorfdemokratie wieder zu beleben und innerhalb der Pancasila-Demokratie zu stärken. Das alles erfordere die Ausbildung von Bewußtsein bzw. das "Vorbild einer bewußten Klasse". Diese Klasse, die neue Ideen für die sich verändernde politische Kultur zu entwickeln hätte, würde aus der jüngeren Generation kommen und dem Individualisierungsprozeß aufgeschlossen gegenüberstehen. Veränderungen müßten nach der Meinung dieses Referenten "von oben" in der Gesellschaft durchgesetzt werden, weil die Untertanenmentalität noch immer die Mehrheit der indonesischen Bevölkerung beherrsche.¹³

Diese Diskussion, von der ich nur einige besonders prägnante Argumente herausgegriffen habe, macht eines deutlich: Die Sozialwissenschaftler sind selbst eingebunden in ein ambivalentes soziokulturelles System. Auf der einen Seite ist auch bei ihnen noch eine "nach oben" (zu den Autoritätspersonen) gerichtete Mentalität festzustellen, auf der anderen Seite aber sollen gemeinschaftsbezogene Orientierungen für die Erneuerung der politischen Struktur genutzt werden. Das politische System als solches wurde und wird nicht in Frage gestellt. Allerdings war gleich zu Beginn der Diskussionsrunde festgestellt worden, daß klare Antworten und Ergebnisse nicht zu erwarten seien. Schon Fragestellungen zu der Problematik der sich verändernden politischen Kultur seien produktiv. Aber die Art der Fragestellungen zeigte ein hohes Problembewußtsein. Dennoch war nicht zu übersehen, daß sich die Wissenschaftler ihrer Nähe zur Macht bewußt waren und zumeist eine Zuspitzung der Fragestellungen vermieden.

Außerdem zeigten diese und auch andere Debatten, daß die Pancasila-Philosophie in Kreisen der Intellektuellen als ein Schlüssel für nationale Einheit und soziale Gerechtigkeit angesehen wird. Die Pancasila müsse nur beim Wort genommen, müsse endlich verwirklicht werden. Aus ihrer Sicht könnte die Pancasila anstelle des westlichen Liberalismus und Individualismus und des gescheiterten Sozialismus sozusagen als ein dritter Weg einen sinnhaften Lebenszusammenhang und eine kollektive

12 Ebenda, S. 73.

13 Ebenda, S. 63.

Identität für Indonesier schaffen. Ein solches Verständnis der potentiellen Möglichkeiten der Pancasila kann sich durchaus als stimulierend und produktiv für die sich verändernde politische Kultur erweisen und sollte vielleicht nicht vorschnell als eine idealistische Sicht abgelehnt werden. Aus diesem Blickwinkel heraus wird auch verständlich, warum so viele Indonesier an den in den 80er Jahren geführten ausgiebigen Diskussionen um die Pancasila-Philosophie, die Pancasila-Ökonomie und die Pancasila-Demokratie, die von der Regierung gewünscht und gefördert wurden, teilnahmen. Diese Autoren nutzten die Diskussionen um die Pancasila, um auf kritikwürdige Zustände in der indonesischen Gesellschaft hinzuweisen und nicht - wie es die Regierung gern gesehen hätte - die Staatsideologie als ein unfehlbares und heilbringendes Instrument zu loben.¹⁴

Es gäbe ein falsches Bild, zöge man aus den obigen Ausführungen die Schlußfolgerung, daß in der "Neuen Ordnung" Meinungsfreiheit herrscht. Verbote von Zeitungen, von Versammlungen und Streiks, die Verhaftungen von Demonstranten und oppositionellen Kritikern, Publikationsverbote für Schriftsteller und vieles mehr belegen, daß es gefährlich war, Kritik zu üben. Da aber die Regierung gefangen war in der von ihr vorgegebenen Ideologie der Pancasila-Demokratie (gemeinsame Verantwortung und Beratung), gab es neben Repressionen auch flexible Reaktionen auf die Aktionen der kritischen politischen Kräfte.

Wenn die "Neue Ordnung" u.a. mit Hilfe der Pancasila erreicht hat, daß ethnische, regionale und religiöse Differenzen und Konflikte keine politische Gewalt im nationalen Rahmen annahm¹⁵, ein Verstummen der kritischen Stimmen konnte sie trotz des Einsatzes traditioneller Mittel der Konfliktlösung bzw. offener Gewaltanwendung nie erreichen. Die Studenten machten vor allem in den 70er Jahren durch Demonstrationen und Schriften immer wieder auf Mißstände in der Gesellschaft aufmerksam, wobei sie auch solche sensitiven Fragen wie die Person und die Familie des Präsidenten nicht aussparten. Sie wurden schließlich mit verschiedenen Mitteln zum Schweigen gebracht, wobei nicht übersehen werden darf, daß nicht wenige Studenten seit Beginn der 80er Jahre die wachsenden sozialen Aufstiegschancen für die persönliche Karriere nutzten. Von den Studenten, die sich in den 80er Jahren dennoch poli-

14 Michael Morfit, Pancasila Orthodoxy, in: Colin MacAndrews (ed.), Central Government and Local Development in Indonesia, Singapore 1986.

15 In Osttimor, Irian Jaya und Aceh gibt es regionale Unabhängigkeitsbewegungen.

tisch engagierten, diskutierten viele in nach dem Vorbild der 20er Jahre gebildeten Studiengruppen politische und theoretische Fragestellungen.¹⁶

Immer wieder gab es Entlassungen bzw. Versetzungen von Politikern, die von der vorgegebenen Regierungspolitik abwichen und eigene Machtambitionen entwickelten. Internationales Aufsehen erregte der Prozeß gegen den ehemaligen Generalsekretär der ASEAN, General Hartoko Rekso Dharsono, einem prominenten Kritiker der Suharto-Regierung, dem vorgeworfen wurde, hinter den Unruhen von Tanjung Priok (September 1984) gestanden zu haben. Er wurde im Jahre 1986 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, weil er subversive Tätigkeiten zum Sturz der Regierung unternommen haben soll. Kritik an der Regierung sei nicht verboten, aber die Art, wie Dharsono Kritik geübt hätte, sei verfassungswidrig gewesen. Dharsono hätte sich als Liberaler präsentiert und die indonesische Form zur Erzielung von Übereinkünften abgelehnt.¹⁷ Im September 1990 erfolgte seine Begnadigung, nachdem Suharto in seiner Rede am 17.8.1990 mehr politische Toleranz versprochen hatte.

Die Regierung erwartet von den Intellektuellen Loyalität und aktive Mitarbeit an der ökonomischen Entwicklung des Landes. Doch trotz weitgehender Zustimmung vieler muslimischer Intellektueller zur Strategie des Aufbaus stoßen viele Aspekte der Regierungspolitik gerade bei den muslimischen Intellektuellen auf Widerspruch. Die oppositionelle Haltung muslimischer Kreise hat ihre historischen Wurzeln in dem kulturellen und ideologischen Antagonismus zwischen der synkretistischen javanischen Kultur, die vom niederländischen Kolonialismus gefördert wurde, und dem orthodoxen Islam, der als Gegner des Kolonialismus auftrat. Der Islam wird von muslimischen Intellektuellen in der nationalen Geschichtsschreibung als die Kraft herausgestellt, die einheimische Werte und Institutionen vor der ausländischen Herrschaft schützte und bewahrte. Außerdem habe der Sarekat Islam in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die unterschiedlichsten politischen Gruppen im Kampf gegen die Holländer vereint. Vor diesem Hintergrund wird die Zurückdrängung des politischen Islams in der "Neuen Ordnung" als besonders ungerechtfertigt empfunden. Schließlich hatte gerade die islamische Jugend dem Militär beim Sturz von Sukarno geholfen.

16 Zu der Studentenbewegung in den 80er Jahren siehe den Dialogteil in *Prisma*, Nr. 47 (1990), S. 72-95.

17 Zum Prozeß gegen Dharsono s. Summary of Press Reports on the Trials of H.R. Dharsono and A.M. Fatwa, in: *Review of Indonesian and Malaysian Affairs*, vol. 20 (1986) 2.

Zu den muslimischen Intellektuellen, die sich zu den Themen Staat und Islam, Islam und Modernisierung und der Renaissance der islamischen Institutionen in der islamischen Gemeinde äußern und die einen Einfluß auf die Gesellschaft ausüben, zählte H.M. Federspiel 100 bis 200 Personen, die vor allem in Jakarta, Bogor, Bandung und Yogyakarta tätig sind.¹⁸ Viele von ihnen studierten in den USA, Kanada, Australien oder Westeuropa, wo sich in ihnen die Absicht festigte, den Islam in Indonesien mit Wissenschaft und Fortschritt zu verbinden. Ständig setzte sich diese Gruppen der Wissenschaftler mit der Regierungspolitik auseinander. In den 70er Jahren stießen die Parteienzusammenschlüsse und das Heiratsgesetz, in den 80er Jahren die Durchsetzung der Pancasila als ideologischer Grundsatz für alle Parteien auf heftige Kritik.¹⁹ Sie machten verstärkt auf die Begleiterscheinungen der forcierten ökonomischen Entwicklung, auf Korruption, wachsende soziale Gegensätze und auf mit der zunehmenden materialistischen Einstellung der Menschen verbundenen Verluste traditioneller Werte aufmerksam. Muslimische Intellektuelle forderten nicht erst seit Beginn der 90er Jahre, als "grünes Licht" für *keterbukaan* gegeben wurde, mehr Demokratie für die indonesische Gesellschaft.

Im Gegensatz zu einer "vorfabrizierten Demokratie", die von Repräsentanten des Volkskongresses nur verlange, daß man komme (*datang*), sitze (*duduk*), zuhöre (*dengar*), schweige (*diam*) und Geld gebe (*duit*)²⁰, wurde Demokratie im Sinne von mehr Offenheit, mehr Freiheit in Wahlkampagnen, mehr Debatten im Parlament verlangt. Die muslimischen Intellektuellen betonten, daß sie eine Einführung der westlichen liberalen Demokratie, die in den 50er Jahren in Indonesien gescheitert sei, nicht wünschten. Sie wiesen die offiziell sanktionierte javanische Art der Konsenserzielung nicht zurück, forderten aber sozusagen als Mittelweg ohne Verzögerung einen disziplinierten Gebrauch demokratischer Formen.²¹

Diese Art der Verbindung von traditionellen Formen 'milder Kritik' (d.h. von Petitionen, in denen um etwas gebeten wurde) mit klaren Forderungen zur Veränderung der politischen Verhältnisse finden wir auch

18 Federspiel, H.M., Muslim Intellectuals and Indonesia's National Development, in: Asian Survey, vol. XXXI (1991) 3, S. 235.

19 Die Auseinandersetzungen in den 70er Jahren sind geschildert in: Muhammad Kamal Hassan, Muslim Intellectual Responses to "New Order" Modernization in Indonesia, Kuala Lumpur 1982.

20 Hassan, Muslim Intellectual ..., S. 166.

21 Federspiel, Muslim Intellectual ..., S. 245.

bei der oppositionellen Gruppe, deren Petitionen großes Aufsehen erregten. Die "Gruppe 50", der hochrangige politische und militärische Persönlichkeiten angehören, formulierte im Jahre 1980 eine Petition, die eine allgemeine Reform des Regierungssystem forderte. Diese Gruppe blieb auch in den 80er Jahren aktiv und war teilweise an der Petition beteiligt, die am 17.8.1990 mit 58 Unterschriften an den Volkskongreß und das Parlament gerichtet wurde. Diese Petition machte deutlich, daß sich im politischen Klima Zeichen einer größeren Entschlossenheit zeigten. Sie hob hervor, daß das bestehende Regierungssystem der Verfassung von 1945 und dem Geist der Pancasila nicht entspreche und die politischen und ökonomischen Spannungen die Gefahr offener Ausbrüche heraufbeschwöre. Die Unterzeichner forderten:

- Ein unbehindertes gesellschaftliches Leben, in dem u.a. die Durchsetzung der Pancasila und die Verfassung von 1945 durch die Machthaber offen eingeschätzt werden kann.
- Die Aufhebung von nichtverfassungsgemäßen Verordnungen, Gesetzen und Einrichtungen noch vor den Wahlen im Jahr 1992, um die in der Verfassung von 1945 verankerten demokratischen Rechte und Menschenrechte durchsetzen zu können. - Eine Revision der Entwicklungsstrategie dahingehend, daß wirklich dem Willen des Volkes entsprochen wird, daß mehr die öffentliche Meinung gehört wird, eine Orientierung an den Interessen der einfachen Menschen (*rakyat kecil*) und der sozialen Gerechtigkeit erfolgt und Vertrauen in die nationalen Potenzen gezeigt wird.
- Es sei die Aufgabe der Regierung, die Untertanenmentalität zu beseitigen, einen freien Geist im Leben zu fördern, um Furcht und Angst zu überwinden und das Selbstwertgefühl von Bürgern und Nation zu entwickeln.
- Suharto solle nicht noch einmal kandidieren; zukünftig müsse die Präsidentschaft auf zwei Wahlperioden beschränkt bleiben.²²

Diese Petition bringt zum Ausdruck, in welche Richtung aus der Sicht der Intellektuellen der Wandel der politischen Kultur verlaufen soll. Sie offenbart aber gleichzeitig die Illusionen dieser Gruppe, daß Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens mit einigen politischen Reformen erreicht werden kann.

22 Text der Petition, in: *berita Indonesia*, Nomor 25, Agustus 1990; *Inside Indonesia* Nr. 24 (1990).

Die Einforderung von Menschenrechten ist in Indonesien nicht neu (Suharto erwähnte die Menschenrechte dagegen erstmals in seiner Festrede am 17.8.1990). Denn hier sind seit den 70er Jahren die Nichtregierungsorganisationen (NROs) aktiv geworden, die Menschenrechte mit dem Rechtsstaat verbanden, der offiziell auch von der "Neuen Ordnung" angestrebt wird. Die 1970 von A.B. Nasution gegründete Rechtshilfeorganisation (Lembaga Bantuan Hukum - LBH) besaß Anfang der 80er Jahre landesweit fast einhundert Filialen, in denen Juristen vielen Indonesiern Rechtshilfe in zivil- und verwaltungsgerichtlichen Fällen leisteten. Mit dieser Rechtshilfebewegung war die LBH an vielen Fronten tätig, an denen die Notwendigkeit von politischen, ökonomischen und sozialen Reformen deutlich wurde.²³

Diese NROs werfen nicht nur neue Fragen auf, sie wirken auch in starkem Maße bewußtseinsbildend. Sie mobilisieren viele Menschen zur Hilfe und Selbsthilfe bzw. zur gemeinsamen Aktion gegen Mißstände. Ihre erfolgreiche Tätigkeit ist aber an Finanzquellen gebunden, und hier haben viele ihre Unabhängigkeit vom Staat verloren.

Das Verständnis von "keterbukaan" in Regierungskreisen

Die Ereignisse von 1989 und 1990 in Osteuropa ließen die indonesische Führung zumindest ahnen, daß damit auch in Indonesien eine neue Situation entstanden war. Die kommunistische Gefahr konnte nicht mehr glaubwürdig als Druckmittel zum Erhalt des Status quo der Machtstrukturen genutzt werden. Gleichzeitig traten nun die Widersprüche zwischen den verkündeten Idealen der Pancasila-Ideologie und der Wirklichkeit immer deutlicher hervor. Vor diesem Hintergrund ist die Petition von 1990 und das Zugeständnis Präsident Suhartos am 17.8.1990 zu verstehen, daß man über alle Probleme offen reden könne. Und seither werden in der indonesischen Presse auch solche Themen aufgegriffen, die bisher der Zensur bzw. der Selbstzensur unterlagen, wie z.B. der Anteil von Javanern in Führungspositionen und in Umsiedlungsprogrammen oder die in den Petitionen genannten Probleme.

Im April 1991 gründeten 45 prominente Wissenschaftler, Juristen und Journalisten ein "Demokratisches Forum" (Forum Demokrasi), das mit

23 Daniel S. Lev, Human Rights NGOs in Indonesia and Malaysia, in: Claude E. Welch, Jr., Virginia A. Leary (ed.), *Asian Perspectives on Human Rights*, Boulder u.a. 1990, S. 142-161.

Forderungen nach demokratischer Öffnung des Regimes und dem Ende der Beherrschung der Politik durch die regierende Golkar-Partei der Stimmung nicht nur einer kleinen Gruppe von Intellektuellen Rechnung trug. Wie würde die Regierung auf dieses Ereignis reagieren? War die Regierung tatsächlich zu Offenheit bereit? Diese Fragen waren nicht nur für ausländische Beobachter von besonderem Interesse, zumal die Gründung des Forums in Regierungskreisen sogleich Beunruhigung hervorgerufen hatte.²⁴

Das Demokratische Forum unter der Leitung von Abdurrahman Wahid wurde von der Regierung anerkannt. Aber die Regierung knüpfte an die offizielle Anerkennung Bedingungen. Zu ihnen gehörte, daß das Forum nur als Kommunikationsforum zugelassen wurde, das Diskussionen, Seminare usw. durchführen, aber keine Organisation aufbauen darf. Das Forum muß sich in das System der Pancasila-Demokratie einpassen. Es ist ihm nicht gestattet, in die praktische Politik einzugreifen und praktische Politik zu betreiben.²⁵

Damit verhinderte die indonesische Regierung die Entstehung einer oppositionellen Organisation. Nach wie vor werden Intellektuelle aufgefordert, "für die Nation im Geiste des Zusammenhalts und Nationalismus so große Beiträge wie möglich zu leisten" und sich mit sachgemäßen Beiträgen an der Erarbeitung einer langfristigen Strategie zu beteiligen. Offenheit sei notwendig, um sich den Herausforderungen der Welt von heute zu stellen und eine langfristige Perspektive für die Zukunft des Landes aufzeigen zu können.²⁶

Damit ist offensichtlich, daß wir es mit einer verbalen Zustimmung der indonesischen Regierung zu mehr Offenheit und nicht mit Schritten zur Veränderung der politischen Struktur zu tun haben. Bemerkenswert aber ist, daß die "Neue Ordnung" wieder einmal ihre Anpassungsfähigkeit an ein verändertes Umfeld und an neue Herausforderungen unter Beweis gestellt hat. Die Forderungen der indonesischen Intellektuellen nach Demokratisierung des politischen Lebens bleiben auf der Tagesordnung. Demokratie heißt für die Mehrheit von ihnen mehr Offenheit, demokratische Rechte, eine gerechtere Verteilung, nicht aber eine libe-

24 Ein Teil der hohen Regierungsbeamten befürchtete, daß das Forum als Konkurrenz zu dem von Minister Habibie geleiteten Verband muslimischer Wissenschaftler Indonesiens (Ikatan Cendekiawan Muslim Indonesia - ICMI) entstanden sei.

25 Zur Anerkennung des Demokratischen Forums s. Editor, Jakarta, Nr. 32, 27.4.1991, S. 27.

26 So Suharto auf einem nationalen Symposium für muslimische Gelehrte an der Universität von Malang im Dez. 1990, in: SOA aktuell, Jan. 1991, S. 30.

rale Demokratie westlichen bzw. bürgerlichen Zuschnitts. Denn diese würde den Rückzug der ökonomisch Mächtigen aus der direkten politischen Herrschaft notwendig machen.²⁷ Doch für die Trennung von ökonomischer und politischer Macht bestehen in Indonesien keine Voraussetzungen.

Der schnelle soziale Wandel in der jüngsten Vergangenheit hat Auswirkungen auf die politische Kultur der "Neuen Ordnung". Der Beitrag der indonesischen Intellektuellen zur Entwicklung dieser Kultur verdient Hervorhebung. Denn die für die politische Kultur wichtige Form des Widerspruchs und der offenen Kritik entfaltet sich vor dem Hintergrund traditioneller Autoritätsvorstellungen und einer eingeschränkten Meinungsfreiheit. Streitfragen der politischen Kultur entzündeten sich heute vor allem an der Machtkonzentration in den Händen weniger Personen, an mangelnden politischen Rechten und an den sozialen Folgen der Modernisierungspolitik. Unter dem Einfluß von universalistischen Wertvorstellungen kam es auch zu neuen Anfängen in der politischen Kultur. Obwohl die Ereignisse in Osteuropa gezeigt haben, wie unsicher wissenschaftliche Prognosen über gesellschaftliche Prozesse sind, ist m.E. kurzfristig kein grundlegender Wandel der politischen Kultur der machtausübenden Kräfte zu erwarten. Dafür fehlen ökonomische und soziale Voraussetzungen und politische Kräfte mit realisierbaren alternativen Programmen.

Nachbemerkung

Die am 9.6.1992 durchgeführten Parlamentswahlen bestätigten, daß es seitens der Regierung keine Veränderungen in ihrer Haltung zu Andersdenkenden gibt. Mit einem Anteil von 68% der abgegebenen Stimmen hat die Golkar gegenüber 1987 zwar einen Verlust von 17 Sitzen hinnehmen müssen. Mit 282 Mandaten (von 400 gewählten Abgeordneten) verfügt sie aber weiterhin über die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Die PPP erhielt 17% (62 Abgeordnete) und die PDI 15% (56 Abgeordnete) der Wählerstimmen. Die Stimmengewinne der PPP, insbesondere aber der PDI, sind ein deutliches Zeichen für die Unzufriedenheit breiter Kreise der Bevölkerung mit der Regierungspolitik. Aber diese Parteien bieten keine Alternative zur bestehenden Ordnung, daher hat eine wachsende Zahl von Personen es vorgezogen, nicht zu wählen. Zu dieser Gruppe gehören viele Intellektuelle und Studenten.

27 Evers, Schiel, Strategische Gruppe ..., S. 220.